

Arbeiter *statt* Milliardär



„Wer etwas für die Mehrheit der Bevölkerung erreichen will, muss der Minderheit der Superreichen etwas wegnehmen und die Macht des Kapitals zurückdrängen.“

Kurt Luttenberger,
Arbeiterkammerrat

KPO

www.kpoe-steiermark.at



In Österreich leben mehr Arbeiter als Großgrundbesitzer, mehr alleinerziehende Mütter als Fabrikbesitzer, mehr Arbeitslose als Börsenspekulanten. Die Superreichen sind eine kleine Minderheit, die aber bestimmt, was in unserem Land geschieht.

Die Gehälter, Boni und Abfertigungen der Spitzenmanager sind riesig. Die Profite der Banken und Konzerne steigen weiter, während viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihr tägliches Leben finanzieren sollen. Für Gesundheit, Bildung und Soziales, für Pensionen, für Kultur, öffentlichen Verkehr und vieles mehr fehlt angeblich das Geld.

Für Banken und den Euro werden „Rettungsschirme“ aufgespannt. Die politischen Eliten ordnen sich den Interessen der Banken und Konzerne unter, deren Staatsgewalt die EU ist.

Diese Wirtschafts- und Geldpolitik treibt Arbeiter, Angestellte, Pensionisten und Jugendliche in Armut und Schulden.

Wir sagen: Schluss damit, es ist genug für alle da!

Rettungsschirm für Menschen statt für Banken und den Euro!



Für leistbares Wohnen!

Es gibt zu wenig leistbaren Wohnraum. Die Geschäftemachelei mit dem Menschenrecht auf Wohnen nimmt zu. Die ständig steigenden Kosten am privaten Wohnungsmarkt treffen immer mehr Menschen. Die KPÖ fordert:

- + Fixe Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen
- + Schluss mit der Zweckentfremdung der Wohnbauförderung. Keine Spekulation mit Wohnbaugeld!
- + Anpassung der Wohnbeihilfe an die Teuerung
- + Vorrang für leistbare Genossenschafts- und Gemeindefamilienwohnungen
- + Abschaffung der Befristungen für Mietverträge

Teuerung stoppen!

Die Teuerung bei Gütern des täglichen Bedarfs liegt deutlich über der offiziellen Inflationsrate: „Warum ist am Ende des Geldes noch so viel Monat übrig?“, fragt der Volksmund zynisch. Alles wird teurer, nur die Ausreden der Politiker und Unternehmer werden immer billiger. Die KPÖ fordert:

- + Amtliche Preisregelung bei Gütern des täglichen Bedarfs
- + Gebühren- und Tarifstopp
- + Lohn- und Pensionserhöhungen, welche die Teuerung und Produktivitätssteigerung tatsächlich abgelten
- + Laufende Inflationsanpassung von Pflegegeld, Familienbeihilfen und Stipendien

Teuerung stoppen!





v.l.: Die Gewerkschafter und KPÖ-Kandidaten Peter Scherz, Hilde Tragler, Kurt Luttenberger

KPÖ: Die Arbeiterpartei – für die Rechte der arbeitenden Menschen.

Weg mit dem Regress!

Viele Fehler und Versäumnisse der steirischen Landesregierung haben dazu geführt, dass in der Steiermark als einzigem Bundesland bei den Angehörigen von Pflegebedürftigen abkassiert wird.

Am 1. Mai startete die steirische KPÖ eine Unterschriftensammlung für die Abschaffung des Regresses, den es nur noch in der Steiermark gibt. Der Zuspruch zu dieser Aktion ist enorm, tausende Steirer haben unterschrieben. Die Steirische Arbeiterkammer, der ÖGB, viele Gemeinden wie Graz, Zeltweg, Kapfenberg, Eisenerz haben Resolutionen gegen den Regress verabschiedet.

Mit Ihrer Stimme für die KPÖ bei der Nationalratswahl können sie der Forderung nach Abschaffung des unsozialen Pflegeregresses noch einmal Nachdruck verleihen.



KPÖ

www.kpoe-steiermark.at

Was Sie tun können?

Wir leben in einem Land, das den Konzernen Höchstprofite beschert, während Arbeitslosigkeit und Armut weiter wachsen. Wir wollen keinen ungehemmten Kapitalismus, sondern soziale Gerechtigkeit. Daher ist auch die EU kein Teil der Lösung, sondern das Problem.

Was es braucht ist ein grundsätzlicher Politikwechsel. Für einen solchen Wandel müssen die Banken, Konzerne und Lobbys entmachtet werden. Das geht nicht mit den etablierten Parteien – sondern nur mit den Kommunisten.

Es ist Zeit für eine Umkehr, Zeit KPÖ zu wählen.

Regionalwahlkreise:

Die KPÖ-Spitzenkandidaten in den Regionalwahlkreisen:



Kurt Luttenberger,
Graz und GU



Hilde Tragler,
Weststeiermark



Linde Gindlhuber,
Oststeiermark



Jürgen Klösch,
Obersteiermark

Geben statt nehmen

Die Politiker kassieren höchste Einkommen dafür, dass sie Österreich im Auftrag der EU-Banken und -Konzerne kaputtsparen.

Die steirischen KPÖ-Politiker haben sich verpflichtet, politische Einkommen, die die Höhe eines Facharbeiter-einkommen übersteigen in einen Sozialfonds einzuzahlen, damit das Geld denen zugute kommt, die es wirklich brauchen.



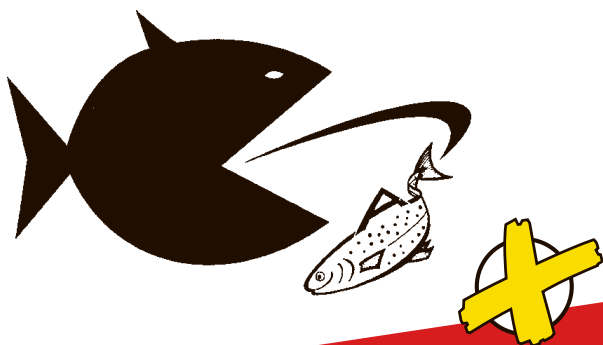
KPÖ



Impressum: KPÖ Steiermark, www.kpoe-steiermark.at,
im Volkshaus Graz, Lagergasse 98, 8020.

Die EU kommt uns zu teuer

Die wichtigsten Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes fallen schon heute in Brüssel. Damit wird Unabhängigkeit und Demokratie gefährdet. Wir sind für den Austritt aus der EU und eine eigenständige Wirtschafts- und Währungspolitik Österreichs.



www.kpoe-steiermark.at



KPÖ
wählen!